



Königliche Allüren

legte Seine Majestät Sisiwath Norodom Sihanouk, der 26jährige Herrscher des zum französischen Protektorat Indochina gehörenden Königreichs Kambodscha, gelegentlich eines Besuches in Paris nur teilweise an den Tag. Während der offiziellen Empfänge bei Staatspräsident Auriol (links) und Ministerpräsident Schuman (rechts) wahrte er mit orientalischer Heiter- und Höflichkeit die diplomatische Etikette. Abends aber vernügte er sich völlig unköniglich in Paris' exklusivstem Nachtkabarett „Le Doyen“.

Mehr noch als Chansonnières und Danseuses begeisterte ihn das „süße Lächeln“ der 22-jährigen, grünaugigen Hausfotografin Jacqueline Bertrand. Es begeisterte ihn so, daß er sich — so berichtet die Pariser Presse — anschließend von Jacqueline lernbegierig in die pikanten Geheimnisse des spezifisch pariserischen Vergnügungslebens einführen ließ.

„Landesring der Unabhängigen“ als eigene politische Partei ins Leben. Im gleichen Jahr zog er als Nationalrat des Kantons Zürich ins helvetische Parlament ein.

Dort wurde der große, korpulente Mann mit den humorig blinzelnden Augen hinter den dicken Augengläsern bald zu einer der umstrittensten und interessantesten Figuren des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Schweiz. Immer wieder tauchte sein Name als der eines schwarzen Schafes im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen auf. Vor allem mit seinen vielen geschäftlichen Gegnern eckte der eigenwillige Nationalrat häufig hart zusammen. Seine politischen Gegner warfen ihm vor, mit geschäftlichen Methoden und um des Geschäftes willen Politik zu machen.

Duttweiler, der Hecht im Schwyzer Karpenteich, fand Mittel und Wege, auch seinen Standpunkt der breitesten Öffentlichkeit klarzumachen. Er erwarb die Tageszeitung „Die Tat“ (40 000 Auflage) als Sprachrohr seiner Politik. Unter seiner Aegide zogen und ziehen die „Täter“ mit gleicher Aggressivität gegen die Kommunisten wie gegen die großen Trusts im Lande vom Leder. Auch im internationalen Blättermeer rauschten der „Tat“ Wellen bald sehr hörbar.

Ebenso wie seine kaufmännischen Unternehmungen eroberte sich Duttweilers „Landesring der Unabhängigen“ bald einen führenden Platz im Leben der Schweiz. Zwar ist der Einfluß der Partei kantonal unterschiedlich. Aber die letzten Herbstwahlen bewiesen, daß er noch im Wachsen begriffen ist. Die Unabhängigen gewannen zwei Sitze und sind seitdem mit acht Abgeordneten im Schweizer Nationalrat vertreten.

Gottlieb Duttweiler hat kürzlich den Parteivorsitz der „Unabhängigen“ einem anderen überlassen, um mit ungebrochener Vitalität seine 16-Stunden-Tage für

andere Aufgaben zu reservieren. Seine Freunde wie seine Feinde wissen, daß der dynamische Mann damit noch lange nicht von der politischen Bühne abgetreten ist. Und vor allem seine Gegner fürchten, daß der von Plänen und Aktivismus besessene Eidgenosse, der stets durch neue Prozesse von sich reden macht, weiterhin mit gewohnter Vehemenz die Rolle eines schwarzen Schafes spielen wird.

Werkstatt der Sowjetunion

Mit 53 Ministern

Die baltischen Flüchtlinge in Schweden sind von einem unwiderstehlichen West-Fieber befallen worden. Sie wandern in Scharen nach England und den Staaten aus, legal und illegal. Schwedens Boden ist ihnen zu heiß geworden, nachdem die Stockholmer Regierung jetzt alle Flüchtlinge aus den baltischen Staaten als russische Staatsbürger designiert hat und an Rußland ausliefern will.

Schweden zieht damit nur, einem schon seit langem exerzierten russischen Druck folgend, die Konsequenzen aus der de jure-Anerkennung, die es bereits 1940 der im gleichen Jahr erfolgten (und nur durch vier Jahre deutscher Besatzung unterbrochenen) Annexion der baltischen Staaten durch Sowjetrußland aussprach. Lediglich Deutschland tat es damals den Schweden gleich.

Alle anderen Länder akzeptieren die Einverleibung des Baltikums nur de facto, Oder überhaupt nicht. So die Vereinigten Staaten. Sie hatten zwar während der angelsächsisch-russischen Flitterwochen die drei Länder ebenfalls innerlich abgeschrieben. Aber davon wollen sie heute nichts mehr wissen. „Die Baltenstaaten sind nicht UdSSR“, ließ das USA-Außenministerium erst im April wieder offiziell verlauten.

Auch Frankreich ist auf einen neuen Kurs gegangen. Im Februar wurde in Paris, ohne viel Aufhebens davon zu machen, den drei dort lebenden baltischen Gesandten ihr Diplomatenstatus und sogar das öffentliche Eigentum ihrer Länder zurückgegeben.

An den tatsächlichen Verhältnissen ändert dieses Schleichen um den heißen Brei nichts. Im Gegenteil: es ist für Rußland nur ein Grund mehr, die Sowjetisierung des Baltikums mit allen Mitteln abzuschließen. Wieweit dieser Prozeß bereits gediehen ist, zeigt ein „auf geheimen Wegen“ nach Schweden gelangter Bericht, der jetzt in der skandinavischen Presse publiziert wurde.

Danach ist das Leben in allen drei baltischen Ländern bereits weitgehend genormt. Der sowjetische Standardmensch ist im Werden. Je weniger die Bevölkerung der drei sozialistischen Sowjetrepubliken Litauen, Lettland und Estland seit ihrem „freiwilligen“ Anschluß an die Sowjetunion zu sagen hat, um so mehr versuchen die tatsächlichen Herren, die von Zeit zu Zeit gewählten „demokratischen“ Parlamente und die nominell bestehenden Regierungen im Lichte einer von Moskau respektierten Handlungsfreiheit erscheinen zu lassen.

So figurierte zwar der „Balte“ Stalin auf fast allen Listen der Kreis-, Stadt- und Gemeindevahlen im Januar als Ehrenkandidat. Aber von den 32 699 gewählten Abgeordneten waren nur 13,4 Prozent Kommunisten. Die übrigen waren Parteilose. Sogenannte. Denn ein gut organisierter Ueberwachungsapparat sorgt dafür, daß die Parteilosen keine Dummheiten machen können.

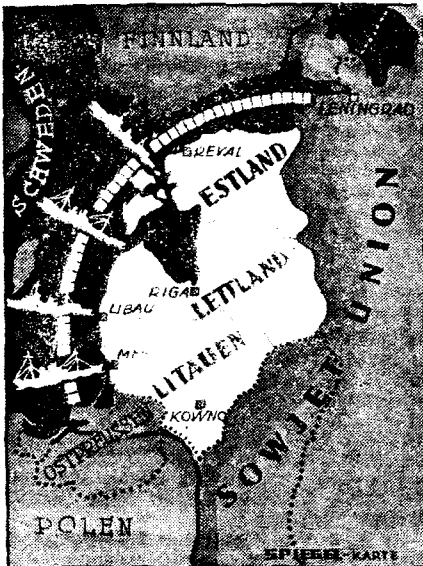
Die angebliche Selbständigkeit Litauens, Lettlands und Estlands soll weiter dadurch dokumentiert werden, daß diese Republiken eigene diplomatische Vertreter entsenden dürfen. Nach Moskau. In ihren Kabinetten gibt es auch noch Außenminister. Die können sich allerdings über Arbeitsüberlastung nicht beklagen.

Auch sonst ist die Zahl der Minister-sitze umgekehrt proportional zur politischen Bedeutung dieser Marionettenregierungen. Aus den verschiedensten unteren und mittleren Verwaltungsbehörden wurden großzügigerweise Ministerien gemacht. So gibt es heute 53 baltische Minister: darunter Milch-, Fleisch-, Kino- und Fischereiminister. In Litauen soll jetzt sogar ein Gasthausministerium eingerichtet werden.

Fast alle baltischen Exminister sind dagegen spurlos verschwunden. Die ehemaligen Präsidenten Päts und Ulmanis sind wahrscheinlich tot. Andere Politiker früherer Zeiten vegetieren in Sibirien als Deportierte. Nur wenigen gelang die Flucht ins Ausland. So leben der frühere estnische Präsident August Rei in Schweden und der litauische Präsident Grinius in den USA.

Auch die einstigen Nationalflaggen existieren nicht mehr. Die Nationalhymnen sind verboten. Dafür dürfen auf den Briefmarken baltische Sehenswürdigkeiten gezeigt werden. Auf den Rubelscheinen finden sich estnische, litauische und lettische Lettern, und auch die Schlagzeilen der „Iswestija“ und „Prawda“ sind in der jeweiligen Landessprache gedruckt. Aber sonst werden in Schule, Radio, Presse- und Verlagswesen die baltischen Sprachen immer mehr durch das Russische verdrängt.

Wirtschaftlich ist das Baltikum zu einer Werkstatt der Sowjetunion geworden. Estlands Braunkohle, Oel, Gas und Benzin müssen Leningrad und die russische Ostseeflotte versorgen. Auch aller andere Export fließt ausschließlich nach Rußland.



Daneben haben die drei Länder für die Sowjetunion vor allem strategischen Wert. Mit unermüdlicher Energie betreiben die Russen den militärischen Ausbau des Baltikums und insbesondere der Häfen. Die Notwendigkeit eines Zugangs zum Meer und zu eisfreien Häfen war 1940 das Hauptargument, mit dem die Russen die Annexion rechtfertigten. Sie sind heute dabei, dieses Argument weit mehr auf militärischem als auf wirtschaftlichem Gebiet zu praktizieren.

Brühwarm serviert

Das Menu der Prinzessin

Absolut verständnislos reagierte die französische Öffentlichkeit auf die Meldung, daß Prinzessin Elizabeth von der Schottischen Kirche getadelt worden war, weil sie unlängst bei ihrem Aufenthalt in Paris den Sonntag durch den Besuch eines Pferderennens und eines Nachtlokals entheiligt habe.

Das satirische Wochenblatt „Le Canard Enchaîné“ — George Clémenceau zählte einst zu seinen Chefredakteuren — schlug ein Programm für den nächsten Besuch Elizabeths in Paris vor:

- 4 Uhr früh — Wecken;
- 4.15 — Tee und Haferflockensuppe ohne Zucker;
- 4.16 bis 8.37 — kurzer Gottesdienst;
- 8.38 bis 8.45 — Besuch einer Mineralwasserfabrik;
- 10.00 bis 10.15 — Besuch des Friedhofs Montparnasse;
- 12.00 — Mittagessen (Nachtisch: Pflaumen in Weihwasser);
- 13.00 bis 16.00 — kurzer Gottesdienst usw.

Die amerikanische Wochenzeitschrift „Newsweek“ versäumte nicht, ihren angelsächsischen Lesern das Menu des „Gefesselten Enterichs“ ebenso brühwarm zu servieren wie einen Kommentar der Marquise von Noailles, einer der bekanntesten Damen der exklusiven Gesellschaft der Rue St. Honoré:

„Wenn berühmte Leute irgendwo zu Gast sind, sollten sie — wie überhaupt alle wohlherzogenen Menschen — keine Lektionen in gutem Benehmen erteilen, sondern taktvoll und schlicht sich den Gebräuchen des Landes anpassen.“

„DER SPIEGEL“, Sonnabend, 12. Juni 1948

Nebelfabrik sucht Bankier

Neufundlands antribritischer Befund

Zwischen drei Möglichkeiten für die politische Zukunft ihres Landes konnten die Neufundländer ihre Auswahl treffen. Sie sollten darüber entscheiden, ob sie 1. eine eigene Regierung bilden und ein Teil des britischen Empire bleiben, 2. sich als zehnte Provinz an Kanada anschließen oder 3. weiterhin unter der Kontrolle der von der britischen Regierung eingesetzten Kronkommission bleiben wollen. Die Neufundländer waren sehr geteilter Meinung: keiner der drei Vorschläge erhielt die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Damit wird ein zweiter Wahlgang notwendig. Allerdings nur noch mit zwei Möglichkeiten. Für die Fortsetzung der britischen Verwaltung hatten in der ersten Etappe so wenig Neufundländer etwas übrig, daß dieser Vorschlag in der zweiten Runde ganz unter den Tisch fällt.

In London wurde Neufundlands antribritischer Befund nur mit einem Achselzucken quittiert. Die Briten haben an der riesigen Felseninsel vor dem Mündungsgebiet des St. Lawrence-Stromes sowieso schon seit langem keine rechte Freude mehr. Neufundland, die älteste Kolonie Großbritanniens und einziges Ueberbleibsel europäischer Besitzungen in Nordamerika, liegt ihnen schwer auf dem Geldbeutel.

Schon 1583 war Neufundland britische Kolonie geworden. Im Laufe der Jahrhunderte hatte es immer größere Selbständigkeit und bereits 1855 den Dominion-Status erhalten. Dann stand es vor dem Bankrott. Das war 1933.

Chaotische Finanzen und ein gewaltiger Rückgang der Staatseinnahmen aus der Fischerei hatten zu einer übermäßigen Verschuldung des Dominions gegenüber dem Mutterland geführt. Zum erstenmal in der Geschichte des Empires wurde einem Dominion die Selbstregierung entzogen. Von da ab nahm Neufundland bis heute innerhalb des Commonwealth eine Sonderstellung ein: seine Verwaltung wurde einer vom König ernannten Kronkommission übertragen.

Das gab zu manchem Aerger Anlaß. So trat die britische Regierung 1940 den Amerikanern in Gander und der Goose Bay ohne Zustimmung der Neufundländer und



ohne irgendwelche Gegenleistungen Flotten- und Luftstützpunkte ab. Allerdings wurden die Insulaner rasch getröstet. Mit den GT's strömten gute Dollars ins Land. Eine gewisse Prosperität setzte ein. Gleichzeitig aber auch der Wunsch der Bevölkerung nach einer Klärung der staatspolitischen Zukunft.

Der im Juni 1946 gewählte Nationalkonvent schickte deshalb schon bald eine Delegation nach London. Etwas geknickt kehrten die Abgesandten in ihre Hauptstadt St. John's zurück. „Neufundland kann die Selbstregierung zurückerhalten, aber Großbritannien wird dann nicht mehr für die Regierungsausgaben aufkommen“, hatte man ihnen kurz und bündig im Londoner Dominion-Office bedeutet. Auch eine Wirtschaftsbeihilfe wurde abgelehnt: „Wir haben keine Dollars übrig.“

Zahlreiche Neufundländer meinten, ihr Land solle sich einen anderen Bankier suchen. Kanada war der nächstliegende. Allerdings um den Preis der Fusion. Die Sache hat jedoch einen Haken: die Gelder, die Kanada seinen Provinzen anteilmäßig pro Kopf der Bevölkerung für die Verwaltung zuschießt, reichen nicht aus, um die Unkosten Neufundlands zu decken. Kanada müßte sehr tief in den Beutel greifen. In Ottawa hat man gewisse Bedenken, daß solche Vorzugsbehandlung des eventuellen neuen Juniorpartners von den anderen Provinzen übel vermerkt werden könnte.

Aber Neufundland kann außer seiner bei den nordatlantischen Seefahrern so unbeliebten Nebelfabrik auch manches Nützliche in das Geschäft mitbringen: seine bisher fast gar nicht ausgenutzten Erz- und Bauholzschätze aus seinem Nebenlande Labrador, das ihm 1927 durch ein Urteil des britischen Kronrats zugesprochen wurde. Auch seine günstige strategische Lage im transatlantischen Luftverkehr macht es den Kanadiern interessant. Ausländische Beobachter rechnen deshalb trotz des Widerstandes einzelner Provinzen mit einem O.K. des kanadischen Parlaments, wenn die Neufundländer auch im zweiten Wahlgang Anschlußfreudigkeit zeigen.

Bloßgelegt

Psychoanalyse in Lake Success

Es war eine etwas kuriose Beute, die ein Dolmetscher der UNO sich mit ziemlich hintergründigen Absichten sicherte. Er sammelte nach einer Reihe wichtiger Sitzungen die Notizpapiere ein, die von den großen Staatsmännern während der Beratungen bekräftelt worden waren. Dann legte er diese „Kunstwerke“ dem amerikanischen Psychoanalytiker Dr. Werner Wolff vor, ohne ihm jedoch die Herkunft bzw. die Autoren zu verraten. Dr. Wolff psychoanalytierte die verschiedenen Notizen. Seine Ergebnisse:

Der französische Außenminister George Bidault: schwankender Typus; denkt in abstrakten Formeln; sehr empfindlich, nervös, launisch, leicht deprimiert oder gereizt; nicht sehr fortschrittlich, sondern im tiefsten Wesen konservativ.

Der russische Delegierte Gromyko: übertrieben nervös, aber durchaus selbstbeherrscht; starker Beobachter, aggressives Temperament.

Der amerikanische Senator Arthur Vandenberg: ständige Tendenz zur Analyse; Furcht vor Verantwortlichkeit.

Der außenpolitische Experte der republikanischen Partei, John Foster Dulles: anpassungsfähiger, zur Selbstkritik neigender Charakter; bemüht sich ruhig und versöhnlich zu zeigen, wenn er auch zur Unnachgiebigkeit entschlossen ist.

Der Generalsekretär der UNO, Trygve Lie: spricht lieber statt zu handeln.